

Bewährung in der Gesamtverteidigung?

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : Monatszeitschrift für Armee und Kader mit FHD-Zeitung**

Band (Jahr): **45 (1969-1970)**

Heft 14

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-707237>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Bewährung in der Gesamtverteidigung?

(Lesen Sie zu diesem Thema auch die Beiträge auf den Seiten 7, 29 und 31)

Die Flugzeugentführungen und die Erpressung des Bundesrates zur Herausgabe der in der Schweiz abgeurteilten drei arabischen Terroristen, die auch ein Menschenleben auf dem Gewissen haben, haben die Öffentlichkeit stark beschäftigt. Die einzig richtige Deutung, die auch die weiteren Reaktionen hätte beeinflussen sollen, gab am Schweizer Fernsehen bereits am Sonntagabend, 6. September, der Direktionspräsident der Swissair, der den sehr schweren Zwischenfall als einen Akt des Kriegs bezeichnete. Die Entführung der Flugzeuge, die Bedrängung der Geiseln, die mutwillige Sprengung der Flugzeuge und der Raub von drei Millionen Schweizer Franken in Not sind Beispiele einer Kriegführung auf der Grundlage des Terrors und der Erpressung, der nur mit rücksichtsloser Gewalt beizukommen wäre. Mit einer kaum mehr überbietbaren Unverfrorenheit demonstrierte die vom Maoisten Dr. Georges Habasch — der im Zeitpunkt des Anschlages in Nordkorea weilte — angeführte «Volksfront zur Befreiung Palästinas» ein neues Mal, wie hervorragend sich die auf die friedliche Ordnung angewiesene zivile Luftfahrt für spektakuläre Gewaltakte eignet. Es ist kaum damit zu rechnen, dass sich dieser Zustand ändert, solange die Reaktionen der beteiligten Staaten schwächlich bleiben. Die Furcht vor der Ausweitung der Konflikte fördert den Hang zur Nachgiebigkeit und zum stillschweigenden Arrangement mit den Erpressern. Die Tatsache, dass man es mit den Elementen einer Untergrundorganisation zu tun hat, steigert die Verlegenheit — entziehen sie sich doch allen Formen des Rechts und der Diplomatie. Von Protesten, wie sie in aller Welt geäußert wurden, die aber nirgends zu direkten Massnahmen gegen die Verantwortlichen führten, die das Treiben dieser Untergrundorganisation auf ihrem Territorium dulden und fördern, kann nicht der geringste Erfolg erwartet werden. Alle Massnahmen, die bisher ergriffen wurden, seien sie noch so scharf oder zeitraubend, bleiben Behelfe, denn es sind der Lücken und Möglichkeiten noch viele, die für gerissen geschulte und das eigene Leben nicht achtende Fanatiker offenstehen.

Leider sind wir noch weit entfernt von der Einsicht, dass es nur noch kollektive Abwehr, kollektive Sanktionen und kollektiven Boykott gibt, wobei Staaten, welche Operationsbasen des Terrors dulden — sei es für Flugzeugentführungen oder für Überfälle, Sabotagehandlungen und blutige Sprengstoffattentate in Nachbarländern — sich der Verantwortung nicht mehr entschlagen können. Bleiben diese Folgerungen aus klar erkennbaren Sachverhalten aus, so muss mit der fortgesetzten Ausweitung des terroristischen Erpressungskrieges gerechnet werden. Es gibt dann keine Neutrale mehr, nur noch Drahtzieher, Täter und Opfer. Das haben wir alle zu bedenken, wenn wir heute im Abstand das Geschehen auf dem jordanischen Wüstenflugplatz analysieren.

Die Landesregierung ist teilweise zu Recht in ihren Reaktionen kritisiert worden. In den ersten Tagen des Geschehens wurden überall im Lande ein schärferes Vorgehen gegen die arabischen Staaten, gegen die Araber in unserem Lande, Abbruch der diplomatischen Beziehungen, Sistierung aller Handelsverbindungen und noch weitere Massnahmen auf der Leiter der Eskalation möglicher Reaktionen verlangt. Es ist aber sehr fraglich, ob die Bürger auch bereit gewesen wären, die Folgen mitzutragen, hätte der Bundesrat rasch und mutig reagiert und wäre die Schweiz mit ihren Massnahmen am Schluss isoliert allein gestanden. Wären wir alle bereit gewesen, z. B. auf längere Zeit die Folgen einer Brennstoffverknappung zu tragen, Einschränkungen auf uns zu nehmen, die den heutigen Wohlstand und die Bequemlichkeit empfindlich schmälert hätten? Wären wir weiterhin, selbst einmal mutig, in der Praxis zum mutigen und entschlossenen Bundesrat durch dick und dünn gestanden? Erst dann haben wir das Recht, vom Bundesrat eine mutige Haltung zu verlangen, wenn wir selbst unerschütterlich hinter der Landesregierung stehen und auch die Folgen einer solchen Haltung mittragen. Ob die Bereitschaft grösserer Teile von Volk und Behörden dazu vorhanden ist, muss leider heute noch bezweifelt werden. Es hätte nicht an geschulten und im Dienste ihrer Drahtzieher bezahlten Aufwiegeln, Hetzern und Demagogen gefehlt, die in einer solchen

Lage alles getan hätten, um die Bevölkerung gegen die mutigen verantwortlichen Behörden aufzuhetzen und damit ihr politisches Geschäft zu besorgen.

Es ist in diesen Tagen viel vom Rechtsstaat und von der Demokratie gesprochen worden, und man hat, den Erpressern nachgebend, die Humanität über das Recht gestellt. Im Zusammenhang mit dem Kriegszustand, in dem wir uns heute tatsächlich befinden, ist mehr denn je daran zu denken, dass der Staatsschutz ein Teil der Gesamtverteidigung ist, der heute und nicht später zum Einsatz gelangen muss. Wir und die Behörden müssen uns endlich daran erinnern, dass die Rechte und Freiheiten unserer Demokratie nur jenen zu gewähren sind, die sie als faire Partner der politischen Auseinandersetzung nicht zum Selbstzweck missbrauchen. Alle jene müssen endlich in die Schranken gewiesen werden, die, wie einst Hitler in Deutschland, diese Vorrechte und Freiheiten zur Zerschlagung von Staat und Ordnung nutzen. Dazu gehören die sattsam bekannten Umtriebe der sogenannten «Neuen Linken» und ihrer Mitläufer aller Schattierungen, wie auch die proarabische Agitation in der Schweiz, deren Vertreter sogar im Bundeshaus offene Türen finden. Dieses Netz, genährt von blindem Fanatismus und Geldern der Arabischen Liga, reicht von Nazis über bekannte Journalisten und die Partei der Arbeit bis zu den Gruppen der «Neuen Linken». Gemeinsam ist ihnen der Antizionismus, der für einige schon längst mit dem altbekannten Antisemitismus identisch ist.

In den Kursen von «Heer und Haus» und bei anderen Gelegenheiten wurde immer wieder betont, dass auch die Aussenpolitik ein Instrument der Gesamtverteidigung sei. Leider hat man davon in den ersten Tagen der Krise sehr wenig gemerkt, obwohl dieses Instrument bereits am Sonntagnachmittag, 6. September, und in der folgenden Nacht hätte wirken sollen. Die arabischen Botschafter in Bern wurden erst drei Tage später ins Bundeshaus zitiert, und die Konsultationen mit den Regierungen anderer interessierter Länder wurden nicht sofort aufgenommen. Wenn man weiss, dass sich die Terroristen vor allem russischer und rochinesischer Waffen bedienen, hätten die diplomatischen Vertreter der Sowjetunion und Pekings unmittelbar im Bundeshaus erscheinen sollen. Wir teilen auch das Kopfschütteln über die Rolle des schweizerischen Botschafters in Jordanien, der am 19. März 1970 nach Beirut kam, sich von seinem Vorgänger einführen liess und am 15. April die Botschaft übernahm, es aber während der letzten Monate nicht für nötig fand, die Reise nach Amman zu unternehmen, um sich auch bei der jordanischen Regierung akkreditieren zu lassen, und dann, wie Swissairpilot Schreiber aussagte, unfähig war, sich um die entführten Geiseln zu kümmern. Mit solchen Vertretern bleibt unsere Aussenpolitik im Rahmen der Gesamtverteidigung ein stumpfes Schwert.

Observer

Gebrüder Meier AG, Zürich

Fabrik elektrischer Maschinen und Apparate
Zypressenstrasse 71, Telefon (051) 25 68 36



Elektromotoren
Transformatoren
Schalt- und Verteilanlagen
Aufzüge

Filialwerkstätten in Bern und Freiburg